

Stand und Entwicklung der Beziehungen Schweiz-EU auf einen Blick

Allgemeine Beziehungen Schweiz- EU

- Rückblick: Die Anrufung der Ventilklausel löst umgehend Proteste bei der EU-Kommission, dem EU-Parlament und einzelnen Mitgliedstaaten aus (18.4.); Botschafter de Watteville zeichnet in seinem internen Abschlussbericht vom 9. Mai ein düsteres Bild der Beziehungen Schweiz-EU und stellt ein wachsendes Unverständnis seitens der EU-Mitgliedstaaten gegenüber der Schweiz fest (3.6.); BR Sommaruga nimmt an der Sitzung des Schengen-Ausschuss teil (7.6.); der BR übermittelt sein Verhandlungsangebot betreffend der institutionellen Fragen sowie zum Dialog über die Unternehmensbesteuerung an die EU (15.6.); die EU fordert im Gemischten Ausschuss die Rücknahme der Ventilklausel und bekräftigt ihren Standpunkt, wonach die legale Basis für die Massnahme nicht gegeben sei (27.6.); Roberto Balzaretto tritt die Nachfolge von Jacques de Watteville als Schweizer Botschafter bei der EU an (1.7.); Interparlamentarisches Treffen Schweiz-EU. Man vereinbart, sich künftig zweimal statt nur einmal pro Jahr zu treffen (18.7.); die neusten Zahlen des BfM zeigen, dass die Ventilklausel praktisch wirkungslos war. Die Personen aus den betroffenen Ländern kommen einfach mit einer L- Bewilligung in die Schweiz (30.8.).
- Voraussichtliche Entwicklungen: Im September ist eine vorläufige Antwort der EU auf das Verhandlungsangebot der Schweiz zu den institutionellen Fragen zu erwarten; Bis Ende Jahr werden sich die Mitgliedstaaten, wie schon im Dezember 2010, in einem Bericht über die Beziehungen mit der Schweiz und den anderen EFTA-Staaten äussern und auch zum Angebot der Schweiz Stellung nehmen (13/14.12).
- *Kommentar: Mit der Anrufung der – wie sich gezeigt hat wirkungslosen – Ventilklausel hat die Schweiz das ohnehin belastete Verhältnis zur EU zusätzlich arg strapaziert. Dass die EU-Kommission gar die EU-Zollbehörde mit der Prüfung möglicher Druckmittel beauftragt hatte, macht das Ausmass der Verstimmung deutlich. Und wenn der abtretende Botschafter der Schweiz bei der EU von zunehmendem «Switzerland-Bashing», fehlendem Verständnis selbst der Freunde der Schweiz, sich verhärtenden Positionen der EU in zahlreichen Dossiers und der Unternehmensbesteuerung als drohendem Krisenherd spricht, sollte man dies als eigentlichen Weckruf verstehen und nun endlich eine proaktivere Politik betreiben statt auf Zeit zu spielen.*

Unternehmensbesteuerung (Freihandelsabkommen von 1972/ Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung)

- Rückblick: Die KdK stimmt dem Verhandlungsmandat zu, welches die von den Kantonen bereits früher statuierten Leitplanken (Diskussion nur über bestimmte Themen, keine Übernahme des Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung) einhält (1.6.); der BR verabschiedet das Mandat für den Dialog mit der EU über die Unternehmensbesteuerung (1.6.); der ECOFIN lässt die angedrohten Sanktionen vorerst fallen. Allerdings hält er in seinem Bericht zum Verhaltenskodex auch fest, dass für den Fall ausbleibender Fortschritte bis Ende 2012 alternative Vorgehensweisen zu prüfen seien (22.6.).

- Voraussichtliche Entwicklungen: Weitere Verhandlungsrunde im September; Plenarversammlung der FDK (21.9.); Stellungnahme des ECOFIN zum Steuerdialog mit der Schweiz (4.12).
- *Kommentar: Mit dem Anfang Juni erteilten Mandat konnte sich der BR eine Verschnaufpause verschaffen und die angedrohten Sanktionen vorerst abwenden. Allerdings darf man sich nicht in falscher Sicherheit wiegen. Wie die EU-Finanzminister in ihrem Halbjahresbericht zum Verhaltenskodex festgehalten haben, erwarten sie bis Ende 2012 «befriedigende Resultate», andernfalls stehen wiederum Sanktionen im Raum. Damit sich der ECOFIN vor Ende Jahr mit konkreten Resultaten befassen kann, müssen diese zudem bereits bis Ende November auf dem Tisch liegen. Die Zeit, um eine Lösung zu finden, drängt also. Dies gilt wegen der Auswirkungen auf den Finanzausgleich besonders auch für die Kantone.*

Institutionelle Fragen

- Rückblick: Die APK-S gibt grünes Licht zum Verhandlungsmandat betreffend die institutionellen Fragen (11.5.); die APK-N heisst das Mandat stillschweigend gut. Einzelne Elemente des Mandats, insbesondere die Schaffung einer nationalen Überwachungsbehörde, werden kritisch bis sehr kritisch beurteilt (31.5.); die KdK akzeptiert die Vorschläge des BR grundsätzlich, gibt sich aber kritisch gegenüber einer nationalen Überwachungsbehörde (1.6.); der BR übermittelt sein Verhandlungsangebot an die EU (15.6.).
- Voraussichtliche Entwicklungen: Im September ist eine vorläufige Antwort der EU auf das Verhandlungsangebot der Schweiz zu den institutionellen Fragen zu erwarten; bis Ende Jahr werden sich die Mitgliedstaaten, wie schon im Dezember 2010, in einem Bericht über die Beziehungen mit der Schweiz und den anderen EFTA-Staaten äussern und auch zum Angebot der Schweiz Stellung nehmen (13/14.12)
- *Kommentar: Die EU-Kommission hat angekündigt, die Vorschläge der Schweiz im Lichte der Schlussfolgerungen der Mitgliedstaaten von 2010 zu prüfen. Die EU wird das Angebot der Schweiz wohl kaum einfach zurückweisen, hat sie doch in einer ersten Reaktion anerkannt, dass der BR den Grundsatz der Rechtshomogenität im Binnenmarkt erkannt habe. Andererseits aber scheint klar, dass der EU die Vorschläge zur Überwachung der Verträge und zur Streitschlichtung nicht genügen werden. Sie versteht in diesem Zusammenhang unabhängig als supranational. Zudem bleibt die Schweiz letztlich bei ihrem sektoriellen Ansatz und strebt keine horizontale Lösung an, was seitens der EU kaum als der geforderte Paradigmenwechsel gesehen wird. BR Widmer-Schlumpf hat in ihrem Brief an Kommissionspräsident Barroso durchscheinen lassen, dass der BR das Dossier mit der Frage nach der Unternehmensbesteuerung sowie von weiteren Kohäsionsbeiträgen verknüpfen wird. Auch wenn die EU durchaus am Abschluss weiterer Abkommen interessiert ist, scheint sie bislang aber nicht dazu bereit, dafür ihre institutionellen Forderungen zurückzunehmen.*

In Kürze:

- **Personenfreizügigkeit** – Der BR schickt zwei Varianten zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in die Vernehmlassung. Beide Varianten sind nicht vollständig mit dem FZA vereinbar. Die Vernehmlassung läuft bis zum 30.9. (23.5.); die EU fordert im Gemischten Ausschuss die Rücknahme der Ventilklausele und bekräftigt ihren Standpunkt, wonach die juristische Grundlage für die Massnahme nicht gegeben ist (27.6.); Gemäss Medienberichten

hat Ecopop erst 75'000 Unterschriften gesammelt, die Frist dauert noch bis zum 3.11. (9.8.); die UREK-N hat sich für ein Kommissionspostulat (12.3662) ausgesprochen, das eine Prüfung von FlaM im Wohnungssektor verlangt (21.8.); die WAK-S lehnt die Einführung einer Kausalhaftung ab, will aber eine schriftliche Vertragsverpflichtung von direkten Subunternehmern zur Einhaltung der Schweizer Bedingungen sowie eine Pflicht zur Vorzeige des Vertrags bei Inspektionen (29.8.); die neusten Zahlen des BfM zeigen, dass die Ventilklausel praktisch wirkungslos war. Die Personen aus den betroffenen Ländern kommen einfach mit einer L- Bewilligung in die Schweiz (30.8.); gemäss der NZZaS hat eine Gruppe von acht EU-Bürgern bei der EU-Kommission Beschwerden gegen alle 27 Mitgliedstaaten eingereicht. Ihr Ziel ist die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens und letztlich die Kündigung des FZA (2.9.).

- **Schengen/Dublin** – BR Sommaruga nimmt an der Sitzung des JAI-Rats teil. Dieser beschliesst, dass Mitgliedsländer die Kontrolle ihrer Binnengrenzen für bis zu 6 Monaten durchführen können, wenn ein anderes Land seine Aussengrenzen nicht sichern kann. Nötig dafür ist allerdings ein Vorschlag der EU-Kommission und die Zustimmung einer Mehrheit von Mitgliedstaaten (7.6.); an der Schengenausgrenze kommen künftig erstmals Beamte einer Kantonspolizei zum Einsatz, Zürcher Polizisten werden auf Flughäfen für Personenkontrollen eingesetzt (10.6.); das EP verweigert aus Protest gegen Bestrebungen der Mitgliedstaaten zur Renationalisierung von Schengenkompetenzen die Behandlung von Weiterentwicklungen des Schengenbesitzstands (5.7.); die EU-Kommission arbeitet an einer Revision der Dublin-Verordnung, um das System zu stabilisieren. Insbesondere soll die Frist von Übernahme-Ersuchen an den zuständigen Dublin-Staat für gewisse Fälle von drei auf zwei Monate gekürzt werden (19.8.); die CVP fordert die Aufhebung der Visabefreiung für Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien, was nur über einen Schengenausritt möglich wäre (22.8.).
- **Stromabkommen** – Gemäss dem Abschlussbericht von Botschafter de Watteville vom 9. Mai 2012 zeigt sich die EU in den Verhandlungen weit weniger flexibel, als dies einige Monate zuvor noch der Fall gewesen war. Zudem sei seitens der EU-Unterhändler gesagt worden, dass bis zum Abschluss eines Elektrizitätsabkommens die Umsetzung der zweiten Etappe der Strommarktliberalisierung in der Schweiz abgewartet werden müsse. Dies wiederum würde eine Verzögerung um mehrere Jahre nach sich ziehen, da diese Liberalisierung frühestens auf 2015 vorgesehen ist.
- **Agrarfreihandelsabkommen** – Der SR hat der Motion 12.3014 der WAK-S, welche bis Ende September einen Bericht mit einer Standortbestimmung sowie den Möglichkeiten einer schrittweisen und kontrollierten Einführung des Agrar- und Lebensmittelfreihandels mit der EU fordert, zugestimmt (7.3.), der NR behandelt das Geschäft am 19.9.; Bericht des BR zu den Auswirkungen eines Agrarfreihandelsabkommens mit der EU auf das Tierschutzniveau in der Schweiz in Erfüllung des Postulats Graf 08.3696. Er zum Schluss, dass das im Vergleich zu manchen EU-Staaten höhere Schutzniveau beibehalten werden könnte. Er bezeichnet die Beibehaltung des Verbots von Schlachtiertransporten durch die Schweiz als Ziel, aber auch als eine grosse Herausforderung für die Verhandlungen (27.6.).